



1921
II
157

(1)

1921 II 157 (1)

1876

Dem verehrten Collegen Prof. Dr. Georg Meißner
mit freundlichen Grüßen

Göttingen, 16. Nov. 76. *Dr. Loebner, als Vertreter*
des verehrten Instituts

An den Hohen Bundesrath.

Ergebenste Vorstellung

des

bleibenden Ausschusses des Deutschen

Handeltages

betreffend

die Durchführung der Münzreform.



Als der ergebnst unterzeichnete Ausschuss des Deutschen Handeltages am 30. October c. zu einer Conferenz zusammentrat und bei dieser Gelegenheit auch die gegenwärtigen Münzzustände und deren fernere Gestaltung in Berathung zog, geschah solches im Hinblick auf einen Gesetzentwurf, welcher nach der übereinstimmenden und wiederholten Mittheilung gut unterrichteter öffentlicher Blätter in Bezug auf Artikel 4 des Münzgesetzes seitens des Reichskanzlers dem Bundesrath zugegangen war, um dem Reichstage noch in der diesjährigen Session zur Beschlussfassung vorgelegt zu werden. Diese Vorlage bezweckte eine Abänderung des genannten Artikels dahin, dass der Gesamtbetrag der Reichssilbermünzen bis auf Weiteres funfzehn Mark für den Kopf der Bevölkerung des Reichs nicht überschreiten solle, während jetzt der Maximalbetrag auf zehn Mark festgesetzt ist. Als Hauptmotiv solcher Erhöhung der künftigen Silbermünz-Circulation in Deutschland war geltend gemacht, dass sich in Süddeutschland durch die Erfahrung erwiesen habe, wie der durch das Münzgesetz bis auf Weiteres festgesetzte Höchstbetrag der Silbermünz-Ausprägung für die Bedürfnisse des dortigen Verkehrs nicht ausreiche. Sodann ward darauf hingewiesen, dass in Grossbritannien und Irland, wie aus den dortigen zuverlässigsten Schätzungen zu entnehmen sei, ein Silbermünz-Umlauf von etwa 12 s. (= 12 M.) für den Kopf der Bevölkerung stattfinde und dass in Deutschland unter den gegebenen Verhältnissen ein noch beträchtlicherer Bedarf an Silbermünze als in England anzunehmen sein möchte.

Nachdem der Ausschuss über die beabsichtigt gewesene Münzgesetz-Novelle berathen und wegen einer bezüglichlichen Vorstellung Beschluss gefasst hatte, ist ihm bald darauf bekannt geworden, dass bis auf Weiteres die Vorlage wegen Abänderung des Artikels 4 des Münzgesetzes zurückgezogen sei, dass solche wenigstens nicht während der gegenwärtigen Session des Reichstags zur Verhandlung kommen werde. Bei dieser Lage der Dinge hat es vielleicht den Anschein, als ob der Ausschuss des Handeltages etwas rein Ueberflüssiges thue, wenn er dennoch sich erlaubt, Hohem Bundesrath eine gegen die Vermehrung der Silbermünz-Ausprägungen gerichtete Vorstellung einzureichen. Wir finden uns indess bewogen, auch jetzt noch diesen Schritt zu thun, weil der Fall im Auge behalten werden muss, dass möglicherweise im nächsten Jahre, wenn der neuerwählte Reichstag sich versammelt und die Ausprägung von ca. 430 Millionen Mark Reichssilbermünzen beendet sein wird, der Plan zu der für jetzt aufgegebenen Abänderung des Artikels 4 des Münzgesetzes mit um so grösserem Nachdruck wieder aufgenommen und verfolgt werden könnte. Der Plan möchte dann vielleicht rasch weiter gefördert werden, bevor wir Gelegenheit hätten, die Frage aufs Neue zu erörtern und dem Hohen Bundesrathe unsere Bedenken vorzutragen. Die Nachtheile und Gefahren

aber, mit denen eine Münzgesetz-Novelle dieser Art die allgemeinen kommerziellen Interessen unseres Vaterlandes bedroht, sind von so unermesslicher und erschreckender Bedeutung, dass wir, als das von dem bei Weitem grössten Theile des deutschen Handelsstandes und der deutschen Industriellen zur Wahrnehmung seiner gemeinschaftlichen Angelegenheiten niedergesetzte Organ, uns unbedingt verpflichtet halten müssen, so zeitig und beharrlich wie nur immer möglich, solchen Absichten entgegenzuwirken.

Der Meinung, dass in Süddeutschland, nachdem bereits ansehnlich grössere Beträge an Reichsilbermünze, als den betreffenden Staaten nach dem durchschnittlichen Satze von 10 Mark pro Kopf im Verhältniss ihrer Bevölkerung zukommen, dort verbreitet worden sind, sich im Allgemeinen ein wirkliches Verkehrsbedürfniss nach mehr Silbermünze erfahrungsmässig erwiesen habe, dieser Meinung dürfen wir mit Entschiedenheit entgegentreten. Die Mitglieder des Handelstags-Ausschusses aus Süddeutschland stellen einen solchen Mangel an Silberscheidemünze in Abrede. Es mag sein, dass an einzelnen Plätzen und vorübergehend ein Begehrt nach mehr Silbermünze, als gegenwärtig im täglichen Verkehr vorkommt, sich kund giebt, dass auch bei der Vertheilung und Verbreitung der Reichsilbermünzen mitunter Missgriffe stattfinden und dass die alte Gewöhnung Süddeutschlands an Silbergeld und an einen übermässigen Umlauf von Scheidemünzen die Verwendung von silbernen Fünf- und Zweimarkstücken auch da vorziehen lässt, wo Goldmünzen benutzt werden könnten; — allein alles dies giebt noch ganz und gar nicht den Beweis, dass ein Maximalbetrag von 10 Mark für den Kopf der Bevölkerung ungenügend sei. — Für richtige Vertheilung der Scheidemünze sind allerdings zweckentsprechende Vorkehrungen zu treffen, und werden wir im Verlaufe unserer Eingabe auf diesen Punkt noch zurückkommen.

Was die Berufung auf den statistischen Nachweis der Silbermünz-Circulation im Vereinigten Königreich anlangt, so beruht die Berechnung, wonach dort auf den Kopf der Bevölkerung etwa 12 Mark Silbermünze kommen, auf unzutreffenden Voraussetzungen, wie dies in einem Aufsätze in No. 45 des Deutschen Handelsblattes nachgewiesen ist. (S. Anlage I.)

Zur Bestätigung der Ansicht, dass bei reiner Goldwährung ein Höchstbetrag von 10 Mark Silbermünze als für das wirkliche Verkehrsbedürfniss genügend zu erachten sei, nehmen wir noch Bezug auf das Beispiel Dänemarks. Dieser Staat, in welchem bekanntlich bis dahin ebenfalls eine solide reine Silberwährung geherrscht hatte, entschloss sich später als das Deutsche Reich zu einer durchgreifenden Münzreform auf der Basis der reinen Goldwährung, unter Einziehung seiner sämtlichen bisherigen Münzen. Mit ausserordentlicher Energie und Umsicht ist dort, unter thätigster Mitwirkung der Dänischen Nationalbank, die Münzreform in bedeutend kürzerer Zeit, als ursprünglich vorbehalten war, zum vollständigen Abschluss gebracht worden. Das frühere Silbergeld (wie alle übrigen älteren Münzsorten) sind dort schon vollständig ausser Cours gesetzt und eingezogen, und dagegen neu geprägtes Silbergeld — selbstverständlich nur als Scheidemünze wie bei uns die Deutschen Reichsilbermünzen — in Umlauf gesetzt worden, bis zum 1. October d. J. im Gesamtbelaufe von 17,719,181 Kroner, wozu als Abschluss bis zum Ende dieses Jahres nur noch 200,000 Kroner in Einkronerstücke hinzukommen werden. Der Gesamtbetrag des Silbermünzumlaufts in Dänemark wird also ca. 17,920,000 Kroner = 20,144,000 Reichsmark, oder, da Dänemark mit den Nebeländern etwas über 2 Millionen Einwohner zählt, für den Kopf der Bevölkerung gerade 10 Mark betragen, wobei übrigens zu beachten, dass hierunter über eine Million Kroner in 10-Oerestücken (= $11\frac{1}{4}$ Deutsche Pfennige) in Billon einbegriffen sind, während im Deutschen Münzwesen die Zehnpfennigstücke bekanntlich aus Nickel hergestellt werden. — In keinem Theile Dänemarks sind, wie uns mit Bestimmtheit versichert wird, irgend Klagen über ungenügenden Vorrath an Silbermünze laut geworden. Für die früheren Silbermünzen ist der Präklusiv abgelaufen und wird nirgend eine noch fort-dauernde Circulation derselben bemerkt.

Nähere Nachweise über die in Dänemark bereits zum Abschluss gelangte Durchführung der Goldwährung finden sich in einem Aufsätze in No. 46 des Deutschen Handelsblattes mitgetheilt. (S. Anlage II.)

Wenn für Norddeutschland das Beispiel Englands und Dänemarks Beruhigung gewähren kann, dass bei reiner Goldwährung ein Silbermünzvorath von 10 Mark für den Kopf der Bevölkerung, richtig vertheilt, mehr als ausreichen wird, so darf in Betreff Süddeutschlands noch daran erinnert werden, dass in Frankreich und in der Schweiz der Maximalbetrag der Silberscheidemünze vertragsmässig auf nur 6 Franken (= 4 M. 86 Pf.) pro Kopf bestimmt ist und dieser Betrag für das wirkliche Verkehrsbedürfniss sich als völlig genügend erwiesen hat.

Von den Vertheidigern der beabsichtigten Münznovelle könnte aber die Einrede erhoben werden, dass, wenn auch die Nothwendigkeit einer Vermehrung des Silbermünzumschlags bis auf 15 Mark pro Kopf vielleicht zweifelhaft sein möge, doch andererseits wesentliche Bedenken damit nicht verknüpft seien. Artikel 9 des Münzgesetzes enthalte volle Garantie gegen die Gefahr einer Uebertreibung jeder Scheidemünz-Ausprägung. Wenn davon zu viel in Umlauf gesetzt werde, so würde der Ueberschuss dieser Münzsorten in die öffentlichen Kassen zurückfliessen, da diese bis zu jedem Betrage Zahlung darin anzunehmen gehalten seien, und ausserdem würden die eigens hierzu angewiesenen Stellen gegen Einzahlung von Reichssilbermünzen in Beträgen von 200 Mark bis zu den grössten Summen Reichsgoldmünzen auf Verlangen verabfolgen, wie Artikel 9 des Münzgesetzes ausdrücklich vorschreibe. Der ganze Nachtheil einer zu weit gegangenen Ausprägung von Scheidemünze werde sich darauf beschränken, dass der Ueberfluss bald wieder eingezogen werden müsste und die Münzkosten dabei umsonst verwendet wären.

Diese Auffassung ist es eben, welche unsern entschiedensten Widerspruch gegen die in Rede stehende Massregel hervorruft. Artikel 9 bietet sichern Schutz gegen dauernden übermässigen Umlauf von Scheidemünze jeder Art, aber für ausserordentliche Zeitverhältnisse nur in dem Falle, dass Artikel 4 stricte aufrecht erhalten bleibt. Wird dieser Artikel in der beabsichtigten Weise abgeändert, so ist nichts gewisser, als dass bei eintretenden schwierigen Verhältnissen politischer oder kommerzieller Art auch Artikel 9 hinfällig wird, denn gegen die zwingende Gewalt der Umstände und eine thatsächliche Unmöglichkeit werden dann die gesetzlichen Bestimmungen und der beste Wille der Regierungen nichts auszurichten vermögen. Und diese Gefahr wächst um so mehr, als in gewöhnlichen ruhigen Zeiten wegen der bisherigen Gewöhnung Deutschlands an Silbercourant zu erwarten steht, dass fast jeder in Circulation gesetzte Betrag an Fünfmark- und Zweimarkstücken vom Verkehr gern aufgenommen und der Verwendung von Goldmünzen substituiert wird. Wenn die vorgesehene Ausprägung von etwa 430 Millionen Mark in Reichssilbermünzen um noch 215 Millionen Mark silberne Fünfmark- und Zweimarkstücke ausgedehnt wird, so lässt sich kaum bezweifeln, dass diese Münzsorten auch für grössere Summen ein beliebtes Geld werden, trotzdem ihr effectiver Silberwerth bei einem Silberpreise von 53 Pence um 23 Procent geringer ist als ihr Nennwerth. Diese Geltung wird indess sofort aufhören, wenn der Eintritt ausserordentlicher ungünstiger Ereignisse oder von Krisen im Handelsverkehr plötzlich einen starken Begehr nach Goldmünzen hervorruft, wie dies die Erfahrung aller Zeiten bestätigt und es in der Natur der Sache liegt. Die unvermeidliche Folge eines Agio für Goldmünzen wird dann sein, dass Jedermann den Artikel 9 des Münzgesetzes wird benutzen wollen, um Zahlungen über 20 Mark in Silbermünzen abzuweisen und Goldmünze zu verlangen, deren massenhafte Verabfolgung im Austausch gegen Silbergeld dann bei den dazu bestimmten Kassen beansprucht werden wird. Sind etwa 215 Millionen Mark unterwerthiges Silber mehr im Umlauf, als das wirkliche Verkehrsbedürfniss nach Scheidemünze erheischt, so werden die öffentlichen Kassen vielleicht schon nach wenigen Tagen in der thatsächlichen Unmöglichkeit sich befinden, Goldmünze herzugeben und dem Artikel 9 des Münzgesetzes nachzukommen, und zugleich werden die Reichskassenscheine zur Einlösung mit Goldmünze in Menge präsentirt werden. Die Suspension des genannten Artikels des Münzgesetzes wird mit absoluter Nothwendigkeit erfolgen müssen und damit die einstweilige Aufhebung der Goldwährung. Die fremden Wechselkurse werden sich sofort darauf einrichten, dass die auf Reichsmark lautenden Zahlungen nicht mehr in Goldmünzen, 1395 M. pro Pfund Gold, sondern in silbernen Fünfmark- und Zweimarkstücken, 100 Mark pro Pfund Silber, zu gewärtigen sind, welche um 23 und mehr Procent geringeren inneren Werth haben als die frühere Währungsmünze. Man kann es nicht nachdrücklich genug hervorheben, ein thatsächliches starkes Uebermass von unterwerthiger Silbermünze, verbunden mit dem Umlauf von jetzt ca. 160 Millionen Mark Kassenscheinen, die nicht den Charakter eines gesetzlichen Zahlungsmittels haben, und die Aufrechthaltung des Artikels 9 des Münzgesetzes sind im Fall von Krisen unvereinbare Dinge. Eine Aufhebung dieses Artikels aber und eine entsetzliche Zerrüttung unserer Valuta sind so gut wie von gleicher Bedeutung. Wie unendlich schwierig und langwierig es ist, einer einmal stattgehabten Untergrabung der Valuta eines Landes wieder abzuhelpen, dafür zeugen die Beispiele Russlands, Oesterreichs, Italiens, der Vereinigten Staaten. Eine Entwerthung der Valuta, welche auf die unterwerthige Silbermünze zurückgehen würde, brächte aber ausserdem für alle, welche Geldkapitalien ausgeliehen oder feste Geldeinkommen haben, einen um so stärkeren Verlust mit sich, als bekanntlich die Reichssilbermünzen um 11 Procent geringhaltiger

ausgeprägt werden als das frühere Silberecourant. Die Goldwährung könnte auf solche Weise mittels übermässiger Ausgabe von Silberscheidemünze, statt uns ein solides Geldwesen wie in England gesichert zu haben, durch dereinstige Zerrüttung unserer Valuta zum grössten Unglück gereichen und uns die Rückkehr zur alten Silberwährung ersennen lassen!

Wir richten daher an Hohen Bundesrath die dringende Bitte:

„Keinen Vorschlag zu genehmigen, welcher eine Abänderung des Artikels 4 des Münzgesetzes dahin bezweckt, dass der Maximalbetrag der auszuprägenden Reichssilbermünzen auf mehr als zehn Mark für den Kopf der Bevölkerung erhöht werde.“

Hat im Vorstehenden unsere Vorstellung eine sozusagen negative Tendenz verfolgt, nämlich nur die Abwehr einer drohenden Zerrüttung unserer Valuta durch eventuelle übermässige Ausgabe von Scheidemünze in Form unterwerthigen grösseren Silbergeldes, so wollen wir im Folgenden, im engsten Zusammenhange mit solcher Verwahrung, uns erlauben, verschiedene positive Wünsche und Vorschläge im Interesse der deutschen Valuta zur Sprache zu bringen und der geneigten Erwägung des Hohen Bundesraths zu empfehlen.

An Nickel- und Kupfermünzen waren bis zum 28. October d. J. geprägt: 43,798,641 M. 1 Pf. in 1,090,775,685 einzelnen Stücken, so dass, die Bevölkerung des Reichs rund zu 43 Millionen Personen angenommen, auf den Kopf etwa 25 Stück und auf jede Haushaltung ca. 125 Stück kommen, wogegen an kleinerer Scheidemünze (Kupfermünzen nebst 1- und $\frac{1}{2}$ -Groschen, 3- und 1-Kreuzerstücken etc.) zusammen etwa 24 Millionen M. eingezogen sind. Der Vorrath an neuen Scheidemünzen der bezeichneten Art wird von Vielen als übertrieben hoch erachtet. Auch wir sind dieser Ansicht, indem wir zur Bestätigung darauf verweisen dürfen, dass der Gesamtbetrag der für das Vereinigte Königreich und die betreffenden britischen Kolonien ausgeprägten Bronzemünzen sich nur auf 1,276,338 £ oder ca. 25,530,000 M. beläuft (vergl. 6. Annual Report of the Deputy Master of the mint, 1876, p. 43). Eine Ueberfülle der kleinsten Scheidemünze (wovon übrigens ein grosser Theil als Vorrath für viele Jahre zurückgehalten werden dürfte) mag für das Publikum und die öffentlichen Kassen unbequem sein, aber die Valuta wird hierdurch nicht gefährdet. Und ähnlich verhält es sich hinsichtlich der unteren Silbermünzen, der 20-Pfennig-, der 50-Pfennig- und selbst noch der Einmarkstücke. Wird von diesen Münzsorten beträchtlich über das wirkliche Verkehrsbedürfniss hinaus geprägt und in Umlauf gebracht, so wird auch hieraus Belästigung für den täglichen kleinen Verkehr erwachsen, allein durch die Post-, Eisenbahn- und andere öffentliche Kassen, welche diese Münzen ohne Beschränkung annehmen müssen, dürfte sich, wenn die Unzuträglichkeit eine gewisse Grenze überschreitet, die Abhülfe von selbst ergeben; eine wirkliche Gefahr für die Valuta liegt nicht darin.

Ganz anders aber steht es um die grösseren Silbermünzen bei bestehender Goldwährung, namentlich die Fünfmarkstücke. Der Nennwerth ist 5 M., der effective Werth jedoch bei jetzigem Silberpreise nur etwa 3 M. 90 Pf. In Beziehung auf diesen sehr bedeutenden Unterwerth stehen die silbernen Fünfmarkstücke den übrigen Reichssilbermünzen ganz gleich, allein ihre Verwendung greift vorwiegend ein in die Function des Courantgeldes oder der Währungsmünze. Die praktische Entbehrlichkeit dieser abnormen Silbermünzsorte, bei genügender Ausmünzung von Zweimarkstücken (etwa in ähnlichem Betrage wie Einmarkstücke), insbesondere neben den Reichskassenscheinen und den noch auszumünzenden goldenen Fünfmarkstücken kann einem Zweifel kaum unterliegen. Die Bedenklichkeit so grosser Silberscheidemünzen wird dadurch bestätigt, dass die Britische Regierung seit 1851 die Ausmünzung von Crowns oder Fünfschillingsstücken völlig eingestellt hat, und dass die Dänische Münzreform ebenfalls Abstand davon genommen hat, zwischen den silbernen Zweikroner- und den goldenen Zehnkronerstücken eine Zwischenmünze einzuschieben.

Was unsere Vorstellung oben über die Gefährdung unserer Valuta durch das Uebermaass an Reichssilbermünzen geltend gemacht hat, trifft vorwiegend die silbernen Fünfmarkstücke.

Bis zum 28. October d. J. sind an silbernen Fünfmarkstücken ausgeprägt worden: 69,318,095 M. und werden wahrscheinlich bereits für einige weitere Millionen Ausprägungsaufträge ertheilt sein. Da in Gemässheit des Artikels 4 des Münzgesetzes die Silberausmünzung im Ganzen den Betrag von rund 430 Mil-

lionen M. nicht überschreiten darf, bis zum 28. v. Mts. aber die bisher ausgeprägten Reichsilbermünzen die Summe von 339,135,944 M. erreicht haben, so bleiben nur noch ca. 90 Millionen M. Silbermünze rückständig, und wenn hiervon noch über 5 bis 10 Millionen M. den Fünfmärkstücken zufallen sollten, so würde für die Ausmünzung von Zweimärkstücken wohl zu wenig übrig bleiben. Es könnte dann nach Einziehung der Thalerstücke ein wirkliches Verkehrsbedürfniss nach einer Vermehrung der Silberscheidemünze sich bemerkbar machen, aber der Grund läge nicht darin, dass Artikel 4 des Münzgesetzes den allgemeinen Maximalbetrag zu niedrig bestimmt, sondern dass die Ausprägung der einzelnen abnormen Münzsorte, der silbernen Fünfmärkstücke, zu viel von jenem Betrage in Anspruch genommen hätte.

Um für die Zeit des Uebergangs, der in Folge der bisherigen Gewohnheit vorauszusetzenden Unbequemlichkeit eines knappen Vorraths an Münzen zwischen 2 M. und 10 M. abzuhelpen, wird das durch Artikel 2 des Münzgesetzes gebotene Auskunftsmittel der auszuprägenden goldenen Fünfmärkstücke zu benutzen sein. Wir brauchen hier gewiss nicht zu erörtern, welch ein ausserordentlicher principieller Unterschied zwischen den silbernen und den goldenen Fünfmärkstücken obwaltet, und wie letztere, selbst wenn sie in einer dem täglichen Verkehr unbequemen Menge circuliren würden, in keinem Falle die Solidität unserer Valuta auch nur im mindesten gefährden könnten, da ihr effectiver Werth ihrem Nennwerthe völlig entspricht. Es darf hier wohl an die ursprüngliche Einführung der goldenen Fünfmärkstücke in das Münzgesetz erinnert werden. Die Vorlage an den Reichstag enthielt keinerlei Bestimmung hierüber und ist dieselbe erst auf Antrag des Reichstags in das Münzgesetz aufgenommen.

Herr Staatsminister Delbrück gab bei der dritten Berathung im Reichstage wörtlich folgende Erklärung: „Die verbündeten Regierungen sind, da der Reichstag sich mit grosser Majorität für das goldene Fünfmärkstück ausgesprochen hat, bereit, dasselbe anzunehmen; unter der Voraussetzung jedoch, dass nun, umgekehrt, da der Beweis, dass das silberne Fünfmärkstück für den Verkehr nicht geeignet sei, ebenso wenig zu führen ist, das silberne Fünfmärkstück neben dem goldenen Fünfmärkstück erhalten bleibt, wie es aus der zweiten Lesung hervorgegangen ist. Es wird darauf ankommen, welche von diesen beiden Münzen dem Verkehr mehr zusagt; findet sich, dass es das goldene Fünfmärkstück ist, so wird natürlich die Folge davon sein, dass man mit der Ausprägung des silbernen Fünfmärkstücks aufhört; findet sich aber, dass das silberne Fünfmärkstück mehr für den Verkehr geeignet ist, so wird man die Ausprägung des goldenen Fünfmärkstücks beschränken. Das kann ich von vornherein erklären, dass die verbündeten Regierungen, nachdem sie sich entschlossen haben, das goldene Fünfmärkstück anzunehmen, das nicht blos auf dem Papier thun werden, sondern in Wirklichkeit. Sie werden es als ihre Aufgabe ansehen, den beiden Münzen fair play zu geben etc.“

Ungeachtet dieser Zusicherung, wie sie gewiss nicht klarer und bestimmter gegeben werden konnte, ist Artikel 2 des Münzgesetzes in den seit Erlass des Münzgesetzes verflossenen 40 Monaten blos auf dem Papier stehen geblieben, nicht in Wirklichkeit getreten. Man hat die Ausprägung von 70 Millionen Mark in silbernen Fünfmärkstücken angeordnet, bevor auch nur ein einziges goldenes Fünfmärkstück ist ausgemünzt worden, und es heisst doch in jener Erklärung, die silbernen Fünfmärkstücke sollten neben den goldenen Fünfmärkstücken circuliren, welche Ausdrucksweise den letzteren gewissermassen einen Vorrang einräumte, und nun circuliren diese überhaupt nicht!

Auch ohne weiteren Commentar über den unzweifelhaften Widerspruch zwischen jener Zusicherung seitens der verbündeten Regierungen und der bis jetzt stattgehabten wirklichen Ausmünzung von Fünfmärkstücken, wird die vorangehende Darlegung es genügend motiviren, wenn wir an Hohen Bundesrath das fernere Ersuchen richten:

„Die Ausprägung von silbernen Fünfmärkstücken möge bis auf Weiteres den Betrag von 80 Millionen Mark nicht überschreiten, dagegen die Ausprägung von goldenen Fünfmärkstücken fördersamst mindestens bis zu dem gleichen Betrage von 80 Millionen Mark zur Ausführung gebracht werden.“

Wenn die Ausmünzung von silbernen Fünfmärkstücken schon, bevor die Summe von 75 Millionen Mark erreicht ist, sistirt würde, so wäre dies um so erwünschter. Es ist auch darauf hingewiesen, dass die goldenen Fünfmärkstücke wegen ihres kleinen Volumens (das nur wenig grösser ist als dasjenige der deshalb in Frankreich und in den Vereinigten Staaten aufgegebenen goldenen Fünf-Franken- und Ein-Dollar-Stücke) beim Publikum nicht beliebt und entbehrlich sein würden. Hierauf ist aber zu bemerken,

dass diese Rücksicht die Ausführung eines trotz solcher Bedenken beschlossenen Gesetzes nicht verhindern darf, dass die goldenen Fünfmarkstücke jedenfalls den Uebergang zur vollständigen Goldwährung wesentlich erleichtern werden und dass ihre spätere Einziehung, nachdem sie diesen Dienst geleistet haben und dann als unbequem und entbehrlich anerkannt worden sind, eine erhebliche Schwierigkeit nicht finden kann. Ihre Umprägung zu Zehnmarkstücken wird verhältnissmässig geringe Kosten verursachen, während die Einziehung der silbernen Fünfmarkstücke nur mit grossem finanziellen Verlust zu beschaffen sein wird.

Entscheidet sich Ein Hoher Bundesrath, wie wir mit Zuversicht hoffen, für alsbaldigen Beginn der durch Artikel 2 des Münzgesetzes angeordneten Prägung goldener Fünfmarkstücke, so knüpft sich hieran die Frage, für wessen Rechnung solche Ausmünzung zu veranstalten sein wird. Seit mehreren Monaten hat die Ausprägung von Reichsgoldmünzen so gut wie gänzlich geruht, da dieselbe für Rechnung von Privaten oder der Reichshank wegen Höhe des Preises für Gold in Barren oder fremden Sorten unterbleiben musste, und auch die Reichsregierung gleichzeitig den Ankauf und die Ausprägung von Goldmünzen für ihre Rechnung äusserst eingeschränkt hat. Die Wochenübersichten der Ausmünzungen ergeben hierüber:

am 26. August 1876	1,417,492,630 Mark	
davon für Privatrechnung		171,345,164 Mark
am 28. October 1876	1,429,347,280 Mark	
davon für Privatrechnung		171,345,164 Mark.

Es sind also an Reichs-Goldmünzen in den beiden Monaten für Reichsrechnung nur die verhältnissmässig unbedeutende Summe von circa 12 Millionen Mark, für Privatrechnung aber Nichts ausgeprägt worden. Wird von dem bisher ausgeprägten Gesamtbetrage von Reichs-Goldmünzen abgerechnet, was davon im Kriegsschatze in Spandau liegt und was präsumtiv ausser Landes gegangen, so lässt sich der gegenwärtige Goldmünzenumlauf in Deutschland wohl nicht höher als 1100 bis 1200 Millionen Mark veranschlagen, und es muss von selbst einleuchten, dass dieser Betrag keinesfalls als ausreichend erachtet werden kann, um Deutschland eine solide Basis der Goldwährung zu gewähren, selbst wenn auch noch ein Quantum Gold in Barren oder fremden Sorten in der Casse der Reichsbank vorhanden sein sollte, worüber uns indess jede nähere Kenntniss fehlt. In Grossbritannien wird der vorhandene Goldmünzen-Betrag auf circa 2400 Millionen Mark und in Frankreich auf mindestens 4000 Millionen Mark geschätzt. Gegenwärtig steht in Deutschland die noch im Umlauf (einschliesslich der Cassenbestände der Banken) befindliche Menge von Thalern mit gesetzlich gleicher Geltung dem Goldmünzvorraht zur Seite, allein man darf doch mit voller Zuversicht darauf vertrauen, dass die Reichsregierung, um nicht die Münzreform in ihrem jetzigen halbfertigen Zustande ruhig stecken zu lassen, die Einziehung und Einschmelzung der Thalerstücke wenigstens nach dem bisherigen Massstab ununterbrochen fortsetzen wird. Geschieht dies aber, ohne dass gleichzeitig eine entsprechende weitere Goldausmünzung oder wenigstens Hereinbringung von Gold aus dem Auslande stattfindet, so gehen wir augenscheinlich einer ausserordentlichen Steigerung des Diskonts und einer Geldkrise entgegen. Es wird eingewendet werden, dass durch die im Bankgesetze vorgesehene Verpflichtung der Reichsbank zur Annahme jedes ihr angebotenen Goldbetrages zum festen Satze von 1392 Mark für das Pfund feinen Goldes, die Reichsregierung der Sorge für Herbeischaffung von Gold und Fortsetzung der Goldausmünzung überhoben sei und dies der Privat-Thätigkeit und dem Reichsbank-Direktorium überlassen könne und müsse. Diese Auffassung ist im Allgemeinen als wohlberechtigt und sachlich richtig anzuerkennen, wie denn auch bekanntlich weder in England noch in Frankreich die Regierungen sich um den Betrag der Goldausmünzungen bekümmern, sondern diese ihren Centralbanken und den Privaten überlassen. Allein diese Anerkennung geschieht nur mit dem ausdrücklichen Vorbehalt, dass solche Selbstregelung des Goldmünzenvorraths erst dann an ihrem Platze sei, nachdem die Durchführung der Goldwährung zum vollständigen Abschluss gekommen sein wird, nicht aber während der Zeit des Uebergangs und vor Beseitigung alles überflüssigen Silbergeldes. Während solcher Periode muss es als eine unabweisbare Aufgabe der Regierung erachtet werden, ihrerseits die Versorgung des Landes mit effectiver Goldvaluta an Stelle des eingezogenen früheren Silbercourants zu übernehmen oder indirect zu veranlassen, so weit solches erforderlich und praktisch ausführbar, d. h. so lange die fremden Wechsel-Course sich innerhalb der Grenzen halten, wo auf der einen Seite der Goldexport, auf der anderen Seite

der Goldimport rentirt. Ueberschreiten die Wechselcourse nach der einen oder nach der andern Seite diese Grenzen, so wird in beiden Fällen die Reichsregierung zeitweilig die Goldbeziehungen und Goldausprägungen einzustellen haben; denn im ersteren Falle würde die Goldausmünzung eine rein vergebliche Verschwendung sein, und im anderen Falle wird die Goldeinfuhr und Goldausmünzung schon hinlänglich für Privatrechnung beschafft werden. Dies sind aber während der Uebergangsperiode Ausnahmefälle; die Regel wird die Bewegung der Course innerhalb dieser Extreme sein. Während der Uebergangsperiode einer durchgreifenden Münzreform auf der Basis einer gänzlichen Währungsänderung können finanzielle Rücksichten nicht durchweg und unbedingt massgebend sein, sonst hätte man lieber von vornherein von solcher Reform überhaupt abstehen sollen.

Bis zum 28. October d. J. hatte die Ausprägung von Reichs-Silbermünzen den Betrag von 339,135,944 Mark erreicht, und bei Fortsetzung der Münzthätigkeit im Tempo der letzten drei Monate, in denen wöchentlich 5 Millionen Mark Silbermünze geliefert wurden, wird dieselbe nach etwa 18 Wochen, also um die Mitte des nächsten März ihren vorläufigen Abschluss finden, nachdem sie den Reichsfinanzen einen Brutto-Gewinn von 43 Millionen Mark verschafft hat, welcher zur Deckung des Verlustes beim Verkauf eines ansehnlichen Theils des überschüssigen Silbers sehr zu Statten gekommen ist. Mit der Einstellung der Silbermünzausprägungen hört dieser ergiebige Ersatz jedoch auf, und für den Verkauf des aus den dann noch einzuziehenden Thalerstücken gewonnenen Silbers wird für die Deckung der Differenz, geringer oder grösser je nach den künftigen Silberpreisen, anderweitige Vorsorge aus Mitteln des Reichs zu treffen sein, wenn die unerlässliche Aufgabe der Ausstossung des überschüssigen Silbers und damit die wirkliche Durchführung der reinen Goldwährung nicht ins Ungewisse vertagt werden soll. Zu diesem Behufe wird voraussichtlich ein beträchtlicher Zuschuss aus Reichsmitteln, vermuthlich in Form einer Anleihe, erfordert werden. Wir ersuchen Hohen Bundesrath, diesen Punkt geneigtest möglichst zeitig in Erwägung zu ziehen, damit in der Ausstossung des Silbers unter gleichzeitiger Heranziehung von Gold im nächsten Jahre jeder Aufschub vermieden werde. Hat Deutschland an Münzen der bisherigen Thalerwährung, wie es jetzt allen Anschein hat, noch etwa 500 Millionen Mark oder vielleicht noch mehr einzuziehen und die hieraus gewonnenen Silberbarren an den Markt zu bringen, so ist dagegen Gold zu gleichem Werthe der deutschen Geldcirculation oder den Bankkassen sofort wieder zuzuführen, um nicht unsere commerciellen Interessen der Gefahr empfindlicher Geldklemmen und Verkehrsstörungen auszusetzen.

Unser drittes Ersuchen geht also dahin:

„es möge bei Einziehung der noch umlaufenden Thalerstücke und Verkauf des hieraus gewonnenen Silbers der Gesichtspunkt festgehalten werden, dass Zug um Zug entsprechende Werthbeträge in effectivem Golde der Circulation wieder zugeführt werden.“

Im Eingange dieser Vorstellung ist die Ansicht vertreten worden, dass ein Silbermünzvorrath von 10 Mark für den Kopf der Bevölkerung den wirklichen Verkehrsbedürfnissen Deutschlands völlig genüge und jede Ueberschreitung dieses Maximalbetrages höchst bedenklich sein werde. Dies schliesst jedoch ganz und gar nicht die Wahrnehmung aus, dass während an einigen Plätzen eine lästige Ueberfülle von Silberscheidemünze vorkommt, an anderen Plätzen hingegen thatsächlich ein empfindlicher Mangel an solchen Münzen stattfindet und zu wohlberechtigten Klagen Veranlassung giebt. In der Regel wird die Ausgleichung bald von selbst durch die Zahlungen bei den Post- und Eisenbahnkassen erfolgen, namentlich was die kleineren Münzsorten betrifft. Ist an einem Orte zu viel kleine Münze im Umlaufe, so wird diese vorzugsweise in die erwähnten Kassen fliessen, während bei Seltenheit der kleineren Münzen dort vornämlich grössere Münzen werden einbezahlt werden, auf welche eine Rückzahlung kleinen Geldes zu leisten ist, und werden die Kassen dann für Herbeischaffung des letzteren zu sorgen haben. Es kommen indess auch Fälle vor, wo dies Auskunftsmittel nicht ausreicht, wie z. B. in Fabrikdistrikten, wo die Auszahlung der Löhne dauernd einen grösseren Vorrath an kleiner Münze wünschenswerth erscheinen lässt, und wo mitunter durch deren verhältnissmässige Seltenheit eine häufige Unbequemlichkeit entsteht, wie uns solches von unseren Mitgliedern aus Rheinland und Westphalen aus eigener Erfahrung bestätigt ist. Diese Zustände

sind nicht die Folge einer zu geringen Silbermünzausprägung im Ganzen, sondern einer mangelhaften Fürsorge für zweckmässige prompte Ausgleichung des Münzvorraths in den verschiedenen Gegenden des Landes. Diese Ausgleichung scheint nun in einfachster Weise dadurch beschafft werden zu können, dass bei der Reichsbank ein Reservoir für Silber- und sonstige Scheidemünzen eingerichtet wird, aus dem die erforderlichen Summen entnommen und dahin versandt werden, wo ein sonst nicht leicht zu hebender Mangel sich bemerkbar macht, und wohin umgekehrt die Beträge an Scheidemünze aus denjenigen Gegenden zurückströmen, wo dieselbe zu reichlich sich angehäuft hat. Zeigt das Reservoir dauernd eine Abnahme, wäre seitens der Bank solche rechtzeitig bei der Reichsregierung zur Anzeige zu bringen, und die Ergänzung würde sofort durch neue Ausmünzungen zu erfolgen haben. Diese Functionen wären von einem besonderen Bureau der Reichsbank, ohne Vermischung mit ihren übrigen Fonds und Geschäften, für Rechnung des Reichs zu bewerkstelligen. Dass eine solche Einrichtung sich in der Praxis bewähren und den beabsichtigten Zweck am besten erzielen dürfte, dafür bietet das Beispiel Grossbritanniens einen genügenden Beleg, und glauben wir, dass die beste Empfehlung unseres Vorschlags gegeben wird, wenn wir nachstehend das kurze Memorandum, welches die Bank von England auf die Frage, wie die Vertheilung der Silbermünze im Vereinigten Königreiche vor sich gehe, vorgelegt hat, vollständig mittheilen. Es findet sich abgedruckt im First Annual Report of the Deputy Master of the Mint (pp. 72 und 73) und lautet wörtlich wie folgt:

Memorandum on the Distribution of Silver coin.

The mode in which silver currency is distributed throughout the Kingdom may be briefly explained as follows.

Every banker in the Kingdom has a banker who is his agent in London. Every London banker has an account with the Bank of England.

In the Bank of England there is a Department devoted to the issue and receipt of silver coin.

If in a district there is a deficiency of silver currency the bankers of the district are the first to find it out. They at once write to their London agents, who draw on their account with the Bank of England, and obtain what silver is required, which they send to the country banker.

On the other hand, if there is a surplus of silver coin in a district, it accumulates in the coffers of the local bankers, who send it up to their London agents, and they send it to the Bank of England.

If there is a general demand for silver currency, the stock which the Bank of England endeavours to keep on hand becomes unduly diminished, and immediate notice of the fact is conveyed to the Mint authorities, who proceed with all convenient speed to coin a surplus of florins, shillings, sixpences, or of all the coins, as the nature of the demand may require.

Thus the Bank of England has its finger on the pulse of the whole Kingdom, and through the Bank the Mint is always kept informed, and is always ready to supply whatever coin may be required.

There is a constant ebb and flow of the currency (both of silver and gold) according to the seasons of the year, and if there is anywhere at any time an unsupplied deficiency, it is the fault of management, not of principle, as the principle is to supply every real demand to the full.

Bank of England, 4. January 1871.

Geo. Forbes, Chief Cashier.

Die Reichsbank wird durch das Netz ihrer vielen Filialen über ganz Deutschland in der Lage sein, die richtige Vertheilung der Scheidemünz-Circulation hier noch einfacher zu beschaffen, als es in England geschieht, wo regelmässig die Vermittlung durch zwei Bankgeschäfte stattfindet. Wird jetzt oder doch nach Beendigung der Silbermünz-Ausprägungen der Reichsbank ein eiserner Fonds von diesen Münzen zum Belauf von vielleicht 7 bis 8 Millionen Mark (der später, wenn die Uebergangsperiode vorbei ist, verringert werden könnte) zugewiesen, wird in derselben ein besonderes Bureau für die Verwaltung des Scheidemünzwesens eingesetzt und der Reichsbank Ersatz ihrer Unkosten für diese Verwaltung und die Versendungen gewährt, so darf man einer dauernden befriedigenden Regelung unseres Scheidemünzwesens, einer der Hauptbedingungen für solide und stabile Münzzustände, mit Vertrauen entgegensehen.

Ungeachtet der einleuchtenden Einfachheit und Zweckmässigkeit unseres Vorschlags dürfte derselbe vermuthlich Widerspruch finden, weil hierdurch die ohnehin schon so ausserordentlich umfassende Wirksamkeit und Macht der Reichsbank eine fernere bedeutende Zunahme erlangen werde. Wir fühlen uns gedrungen, diesen Gesichtspunkt etwas näher zu erörtern. Der Deutsche Handelstag und sein Ausschuss sind seit 1868 mit grösster Entschiedenheit und Beharrlichkeit eingetreten für diejenige Gestaltung unserer Deutschen Bankverhältnisse im Allgemeinen, und insbesondere einer mächtigen Reichsbank, wie solche durch das Bankgesetz von 1874 geregelt sind. Schon die bisherige verhältnissmässig kurze Erfahrung hat den nicht hoch genug zu schätzenden Nutzen und Segen und die vielfachen Erleichterungen, welche die Reichs-

bank mit ihren zahlreichen Filialen den allgemeinen commerziellen und industriellen Interessen des gesammten Deutschlands verschafft, Jedermann klar vor Augen gestellt.

Wenn diese grossartige und progressive Wirksamkeit, welche diejenige der Bank von England und der Bank von Frankreich weit zurücklässt, die Verletzung mancher Interessen concurrirender Institute mit Nothwendigkeit in sich schliesst, so mag dies unvermeidlich sein, so lange die Entwicklung nicht abgeschlossen und die Grenze der Wirksamkeit nicht fest gezogen ist. Es werden sich andere Gelegenheiten bieten, diese Grenzen zwischen einer berechtigten Concurrenz der Reichsbank in ihrer geschäftlichen Thätigkeit mit Instituten oder Privaten und zwischen den für die allgemeinen Verkehrsinteressen schädlichen Uebergriffen zu bezeichnen. Für den vorliegenden Zweck genügt es, darauf hinzuweisen, dass, so bedenklich es ist, wenn die Reichsbank den gesammten Geldverkehr, den Depositen- und Giroverkehr bei sich zu concentriren bestrebt ist, anstatt concurrirende Anstalten neben sich gross zu ziehen und sich von Geschäften fern zu halten, die mindestens gleich gut von Privaten gehandhabt werden, es ebenso nothwendig ist, dass die Reichsbank mit ihrem ausgedehnten Notenprivilegium den Mittelpunkt und das Reservoir für die Metallvorräthe bildet, sowie für alle Einrichtungen, welche sich hierauf beziehen. Eine Concentration des gesammten Geldverkehrs, wenn dies überhaupt durchführbar wäre, würde mit der Macht der Bank auch die Gefahren wesentlich vergrössern und jede Handels- und Geldkrise in bedenklichster Weise steigern. Wie es im allgemeinen Interesse liegt, dass die Reichsbank Institute und Einrichtungen fördert, welche den Geld-, Wechsel-, Depositen- und Giroverkehr in die verschiedensten Canäle leitet, so liegt es auch anderseits im allgemeinen Interesse, dass sie da unbehindert herrsche, wo es sich um Regulirung der Valuta, um Erhaltung derselben und um die richtige Circulation der Münze handelt.

Wir haben geglaubt, diesen wichtigen Punkt hier mit zur Erwähnung bringen zu dürfen, da sich hieraus eine Entgegnung gegen den Einwand ergibt, dass sich der Reichsbank die einen neuen grossen Geschäftsbereich bedingende Fürsorge für das Scheidemünzwesen nicht füglich zuweisen lasse, weil die Bank ohnehin in ihrer enormen sonstigen Wirksamkeit, die sich immer noch weiter ausdehnen will, schon genügend in Anspruch genommen sei. Da meinen wir nun mit allem Vorbehalt, dass es richtiger und rathsamer erscheine, eher andere Geschäftszweige der Bank, bei denen die aufs Aeusserste getriebene Concentration dem Publicum keine wesentlichen Erleichterungen verspricht, einzuschränken oder doch nicht auf jede Weise noch zu erweitern, als die wichtige Aufgabe einer permanenten Regelung des Scheidemünzwesens, welche nur durch die Reichsbank genügend wird besorgt werden können, unerfüllt zu lassen.

Wir glauben durch diese Andeutungen auch unser viertes Gesuch im Interesse der deutschen Münzreform hinlänglich motivirt zu haben, welches darauf gerichtet ist:

„es möge der Reichsbank die beständige Regelung einer zweckmässigen, dem Verkehrsbedürfnisse genügenden Vertheilung der Reichssilbermünzen und sonstiger Scheidemünze in ähnlicher Weise übertragen werden, wie solche Function seitens der Bank von England befriedigend wahrgenommen wird.“

Durch das Reichsgesetz vom 6. Januar 1876 ist der Bundesrath ermächtigt, zu bestimmen, dass die Einthalerstücke bis zu ihrer Aussercourssetzung nur noch an Stelle der Reichssilbermünzen in Zahlung anzunehmen seien. Als Bundesrath und Reichstag dieses Gesetz genehmigten, geschah es unverkennbar in der Absicht, hierdurch die Einführung der effectiven Goldwährung zu beschleunigen, indem diese nicht bis zur vollständigen Ausprägung der im Münzgesetz in's Auge gefassten Reichssilbermünzen auszusetzen sei. Die Thalerstücke sollten provisorisch einen Theil der neuen Reichssilbermünzen vertreten. Man ging hierbei von der Voraussetzung aus, dass der ursprünglich ausgegebene Betrag von Landessilbermünzen im Laufe der Zeit durch Einschmelzen für Privatrechnung und sonstigen Abgang sich thatsächlich wohl auf $\frac{1}{3}$ bis $\frac{2}{3}$ des rechnungsmässig möglichen Bestandes vermindert haben werde, und ward ausserdem damals ein so gewaltiges Sinken und Schwanken der Silberpreise, wie es im Laufe dieses Jahres eingetreten ist, nicht entfernt erwartet. Der Bundesrath hat von der von ihm ertheilten Ermächtigung bis jetzt keinen Gebrauch gemacht; dagegen ist die Ausprägung der Silbermünzen, wie schon erwähnt, seitdem mit solcher Energie betrieben worden — bis zum 4. November c. 345,404,283 M. — dass nach wenigen Monaten bereits eine

völlig ausreichende Versorgung Deutschlands mit den neuen Silbermünzen beschafft sein wird. Die Degradation der Thalerstücke ist auf diese Weise zwecklos geworden, und dürfte jetzt kein principieller noch praktischer Grund mehr vorliegen, mit den Thalerstücken anders zu verfahren, als rücksichtlich des übrigen älteren Courantsilbergeldes geschehen ist. Der gewiesene Weg ist, mit der Einziehung und dem Einschmelzen der Thaler fortzufahren, bis der Vorrath davon so weit vermindert ist, dass die schliessliche Aussercourssetzung unbedenklich erfolgen kann.

Die noch bevorstehende Einziehung des Restes des Thalerstücke zeigt sich aber um so schwieriger, weil einestheils gerade diese Münzsorte viel grössere Beträge aufweist als alle bisher schon eingezogenen Silbermünzsorten zusammen, und weil andertheils nach beendigter Ausprägung der Reichssilbermünzen künftig alles aus den eingezogenen Thalern gewonnene Silber auswärts zum Verkauf zu bringen sein wird. Die hiermit verbundenen finanziellen Opfer, welche allerdings durch eine weitere Ausprägung von circa 215 Millionen Mark Reichssilbermünzen beträchtlich verringert worden wären, werden sehr gross sein, und da liegt nun die Besorgniss nahe, dass die Hoffnung, solchen Verlust durch Abwarten günstiger Conjunctionen für den Verkauf des Silbers und durch Vermeidung umfangreicher Verkäufe innerhalb kürzerer Zeit zu mindern, auf ein Hinausschieben des Abschlusses unserer Münzreform und der Herstellung der effectiven Goldwährung hinwirken möchte. Eine solche gutgemeinte Speculation auf die künftigen Silberpreise kann indess ebenso leicht den Verlust vergrössern als ihn mindern, während auf der anderen Seite für die Würde und das dauernde wirthschaftliche Interesse Deutschlands die möglichst rasche Ausstossung des überschüssigen Silbers und Herstellung der effectiven Goldwährung als ein sicherer unschätzbarer Vortheil vor Augen liegt. Wir sind überzeugt, nur einen allgemein gehegten dringenden Wunsch auszusprechen, wenn wir Hohen Bundesrath hier am Schlusse unserer Eingabe nochmals angelegentlichst ersuchen, jetzt wo Deutschland demnächst bis auf Einziehung der Thaler und Ersetzung derselben durch Goldmünzen seine Münzreform ausgeführt hat, diese noch übrige letzte, wenn auch schwierige Aufgabe mit aller Energie und Consequenz möglichst rasch zu erledigen, unser Land nicht einen Tag länger, als die praktische Nothwendigkeit unbedingt verlangt, im jetzigen Zustande einer unklaren und unsichern factischen Doppelwährung zu lassen, sondern unsere Münzreform baldigst zum vollständigen Abschluss zu bringen, welchem Zwecke zu dienen auch die Vorschläge in gegenwärtiger Eingabe bestimmt sind.

Berlin, den 13. November 1876.

In vorzüglicher Hochachtung

Der bleibende Ausschuss des Deutschen Handelstages.

Der Vorsitzende

A. Delbrück.

Der General-Secretair

in Vertr. Dr. H. Rentzsch.

Anlage I.

Der Münzumsatz im Vereinigten Königreiche Grossbritannien und die Deutschen Münzverhältnisse.

(Separat Abdruck aus No. 45 des Deutschen Handelsblattes. Jahrgang 1876.)

Obschon seit dem Erscheinen unserer Aufsätze in No. 42 und 43 dieses Blattes die dort bekämpfte in Vorschlag gebrachte Münznovelle wegen Erhöhung des Maximalbetrags der auszuprägenden Reichssilbermünzen auf 15 M. für den Kopf der Bevölkerung bis auf Weiteres zurückgezogen worden, wird es doch keineswegs überflüssig sein, zur Ergänzung unserer früheren Darlegung das hauptsächlichste Argument für jene Erhöhung eingehender zu erörtern, nämlich den angeblichen grossen Betrag der Scheidemünz-Circulation im Vereinigten Königreiche. Diese Aufstellung ist, wie vollständig anerkannt werden muss, nicht eine willkürliche und eine selbstgeschaffene Behauptung der Urheber der beabsichtigt gewesenen Deutschen Münznovelle, sondern sie beruht auf der Autorität von Beamten der Bank von England und des bekannten Berichts des Parlaments-Ausschusses über die Silberentwerthung. Hier wird nämlich der Betrag der im Vereinigten Königreiche zu Ende 1875 circulirenden Silbermünzen wie folgt veranschlagt:

für das Jahr 1860: 14,799,000 Pfd. Sterl.

1861—75 ausgeprägt 6,437,000 Pfd. Sterl.

„ eingezogen 1,700,000 „ „

kommen hinzu

4,737,000 „ „

Zusammen 19,536,000 Pfd. Sterl.

Bei einer Bevölkerung von 32,749,167 Personen, welche der Statistical Abstract für die Mitte des Jahres 1875 in Grossbritannien und Irland annimmt, würde hiernach ein Betrag von 12 s. (= 12 M.) Silbermünze auf den Kopf der Bevölkerung kommen.

Wenn man die anderweitig in den Parlamentspapieren mitgetheilten officiellen Nachweise über die Ausmünzungen und die Münzeinziehungen im Vereinigten Königreiche, namentlich die jährlich vorgelegten ausführlichen „Reports of the Deputy Master of the Mint“ zur Hand nimmt, gelangt man zu dem fast unzweifelhaften Ergebniss, dass die in Rede stehende Aufstellung in der Weise zu Stande gekommen sein wird, dass die Summe der ursprünglichen Silberausprägungen seit 1816 zusammengerechnet und davon nur dasjenige in Abzug gebracht ist, was in dem gleichen Zeitraum auf Veranlassung und für Rechnung der Regierung davon wieder eingezogen und eingeschmolzen ist. Auf die Münzzustände vor 1816 ist mit vollem Rechte keine Rücksicht genommen worden. Da seitdem die Britische Silbermünze beständig nach dem Münzfusse von 66 d. aus der Unze Standard-Silber ausgeprägt worden, der in den letzten 60 Jahren aber überhaupt erreichte höchste Silberpreis 62½ d. nicht überstiegen hat, so ist selbstverständlich ein Abgang an dem Silbermünzvorath durch Einschmelzen Seitens Privatpersonen ausser Frage, und es kann nur eine sonstige Verminderung des Silbermünzvoraths in Betracht kommen. Dahin gehört nun zunächst der Abfluss nach einem grossen Theile der Colonien, namentlich nach Westindien, dem Cap, Mauritius, sämtlichen Australischen Colonien, deren Bedarf an Silbermünze lediglich vom Mutterlande aus beschafft wird; denn wenn auch seit mehreren Jahren in Sydney und Melbourne Münzanstalten eingerichtet sind, so beschränken sich dieselben bis jetzt auf Goldausprägung, wie die vorerwähnten Berichte des Münzamts in London bis zum Jahre 1875 aufs bestimmteste ausweisen. Ferner ist in Abrechnung zu bringen der zufällige Verlust an einzelnen Geldstücken, welcher im Laufe von 60 Jahren nothwendig vorgekommen sein muss, welcher Verlust sich freilich statistisch nicht speciell nachweisen lässt, der aber erfahrungsmässig bei allen kleinen Münzen im täglichen Verkehr nach einem längeren Zeitraum stets ein ansehnliches Procentverhältniss herausgestellt

hat, so oft bei gewissen Münzeinziehungen eine zuverlässige Ermittlung möglich gewesen ist. Für Grossbritannien muss solcher Verlust im Laufe von 60 Jahren wesentlich höher gerechnet werden, als bei den meisten anderen Ländern, wenn man bedenkt, dass dort Jahr aus Jahr ein von den vielen Seeleuten jeder einen grösseren und kleineren Betrag Silbergeld mitnimmt, der oft nicht wieder zurückkommt. Im Jahre 1875 zählte die Besatzung der Englischen Handelsmarine ohne Einrechnung der Capitäne 199,667 Personen. Auch bei den Transporten von Silbermünzen nach den Colonien und zurück wird in 60 Jahren mancher Betrag verloren gegangen sein. Darüber lässt sich hin und her streiten, ob man für die angedeuteten Abgänge von dem rechnungsmässig möglichen Silbermünzvorrathe im Vereinigten Königreiche (jetzt ca. 19—20 Millionen Pfd. Sterl.) etwa 4 oder 5 oder 6 Millionen Pfd. Sterl. in Abzug bringen müsse, um den zur Zeit dort noch vorhandenen wirklichen Silbermünzvorrathe zutreffend zu veranschlagen; aber unzweifelhaft ist, dass die Annahme jenes rechnungsmässigen Vorraths zu 19,536,000 Pfd. Sterl. im Ganzen oder von 12 s. für den Kopf der Bevölkerung als in Wirklichkeit noch vorhanden, nicht richtig sein kann, und dass die präsumtive Silbermünz-Circulation im Vereinigten Königreich jedenfalls bedeutend niedriger geschätzt werden muss.

Bei unserer Annahme eines durchschnittlichen Betrags Silbermünze von weniger als 10 s. pro Kopf der Bevölkerung im Vereinigten Königreich befinden wir uns wesentlich in Uebereinstimmung mit früheren sachverständigen Schätzungen, welche nicht blos die registrirten Ausmünzungen und Einziehungen zusammenstellten und hiernach die einfache positive Rechnung aufstellten, sondern auch die Versorgung der Colonien und den zufälligen Abgang mit berücksichtigten. I. G. Hoffmann bemerkt in seiner 1841 erschienenen Schrift „Die Zeichen der Zeit im Deutschen Münzwesen“ (S. 136), es kämen in Grossbritannien und dessen Colonien „etwa Silbermünzen für den Nennwerth von $2\frac{3}{4}$ preussischen Thalern (also 7 Mark 80 Pfg.) auf den Menschen durchschnittlich“. Hieran knüpft Hoffmann die beachtenswerthe Bemerkung: „Dass der beträchtliche Vortheil bei der Prägung der Silbermünze die britische Regierung dennoch nie verleiten werde, davon mehr in Umlauf zu setzen, als der Bedarf des Verkehrs es erfordert, dafür bürgt das seit einer langen Reihe von Jahren beobachtete Benehmen der britischen Münzverwaltung“. — Der englische Statistiker Jevons schätzte 1869 den Silbermünzvorrathe im Vereinigten Königreich auf 14 Mill. Pfd. Sterl. oder auf $9\frac{1}{2}$ Mark pro Kopf der Bevölkerung.

Bei den Vergleichen des Silberscheidemünzumschlages in Deutschland mit demjenigen in England muss übrigens noch ein bisher nicht besonders berücksichtigter Umstand erwähnt werden, dass nämlich in Deutschland der baaren Silbermünze noch die Reichskassenscheine zu 5 Mark im Betrage zwischen 50 und 60 Millionen Mark hinzuzurechnen sind, während in England ein Papiergeld von so kleinem Betrage nicht existirt. Durch die erwähnten Reichskassenscheine erreicht die Silbermünz-Circulation, wenn der Bundesrath die Ausprägung des Silbergeldes bis zum Maximalbetrage des Artikels 4 des Münzgesetzes ausdehnt, zwar nicht in der Form, doch im Effecte die Höhe von $11\frac{1}{2}$ Mark für den Kopf der Bevölkerung, und das ist wahrlich des Guten schon zu viel.

Wird von der Reichsregierung im Hinblick auf das Vorbild der britischen Münzverwaltung mit weiser finanzieller Selbstbeschränkung und vorsichtiger Münzpolitik, nachdem jetzt bereits etwa 70 Millionen Mark in silbernen Fünfmarkstücken ausgemünzt sind (während England seit 1851 die entsprechende Münzsorte der Fünfschillingstücke — der Crowns — mit Recht gänzlich abandonnirt hat) die fernere Ausprägung dieser Silbermünzsorte eingestellt und lässt sie dagegen fortan reichlich goldene Fünfmarkstücke ausprägen, so wird bei zweckmässiger Vertheilung der jetzt noch disponibelen Silbermünzbestände und der ferner davon auszumünzenden Beträge durch Vermittelung der Reichsbank höchst wahrscheinlich jedem Bedarf des Verkehrs nach Silbermünze genügt werden können, ehe noch der Maximalbetrag von 10 Mark pro Kopf erreicht wird. Nach hinzutretender reichlicher Ausprägung von goldenen Fünfmarkstücken und richtiger Vertheilung dürfte schon 8 bis 9 Mark für den Kopf sich als genügend erweisen. Auffallend ist, dass noch immer mit der Ausprägung von Nickel- und Kupfermünze fortgefahren wird, obschon von diesen Münzsorten bereits über 1000 Millionen Stück, etwa 125 Stück für jeden Haushalt, gemünzt worden sind. Freilich macht die bisherige Ausprägung erst 1 Mark für den Kopf der Bevölkerung, und das Münzgesetz gestattet die Ausprägung von $2\frac{1}{2}$ Mark pro Kopf. Würde dieser Maximalbetrag massgebend sein, so erhielte Deutschland pro Haushalt etwa 300 Stück Nickel- und Kupferstücke, was doch in der That keinen Ersatz dafür gewährt, dass in letzterer Zeit verhältnissmässig so wenig Gold ausgemünzt worden ist!

Es wird allen Denen, die sich für die zweckmässigste Ausführung unserer Münzreform interessieren und praktische Auskunft über die angemessene Vertheilung der Ausmünzung auf die einzelnen Münzsorten haben möchten, willkommen sein, wenn sie nachstehend eine Uebersicht der britischen Ausprägungen in den letzten 15 Jahren zusammengestellt finden werden. England ist ja das einzige Land, wo seit längerer Zeit die reine Goldwährung vollständig und ununterbrochen geherrscht hat und dessen befriedigende Erfahrungen im Münzwesen Deutschland wesentlich zur Richtschnur dienen können.

Es sind auf der Londoner Münze ausgeprägt worden an Gold- und Silbermünzen seit 1816 bis 1875 und an Bronzemünzen seit 1861 bis 1875 (die älteren Kupfermünzen sind 1860 und 1861 eingezogen):

Goldmünzen	234,366,000 Pfd. Sterl.
Silbermünzen	25,281,000 „
Bronzemünzen	1,244,000 „

Für das Deutsche Reich sind seit dem Beginn der Münzreform Ende 1871 bis zum 21. October 1876 geprägt worden:

Goldmünzen	1,428,597,280 Mark.
Silbermünzen	332,875,074 „
Nickel- und Kupfermünzen	43,451,542 „

Das Verhältniss der verschiedenen Silbermünzsorten bei den Ausprägungen im Vereinigten Königreiche während der 15 Jahre von 1861 bis 1875 (abgesehen von den s. g. „Mundy“ Münzen zu 1 Penny und 2 und 4 Pence, zum Belaufe von zusammen 142 Pfd. Sterl. jährlich geprägt) war folgendes:

Crowns (Fünfschillingstücke)	Nichts.
Half Crowns (Zwei und einhalb-Schillingstücke)	412,236 Pfd. Sterl.
Florins (Zwei-Schillingstücke)	2,971,584 „
Schillinge	2,824,668 „
Sechspencestücke	907,434 „
Dreipencestücke	349,519 „

Für das Deutsche Reich war die Vertheilung der Silberausmünzung von 1873 bis 21. October 1876 wie folgt:

Fünfmarkstücke	68,744,085 Mark.
Zweimarkstücke	45,608,478 „
Einmarkstücke	143,512,165 „
Fünzigpfennigstücke	41,455,099 „
Zwanzigpfennigstücke	33,555,247 „

Auch dieser Vergleich enthält eine dringende Mahnung, die fernere Ausprägung der für die Durchführung der Goldwährung so bedenklichen silbernen Fünfmarkstücke gänzlich einzustellen, die Summe der Zweimarkstücke aber mit derjenigen der Einmarkstücke ziemlich parallel zu halten. S.

Anlage II.

Die Durchführung der Goldwährung und Münzreform in Dänemark und die Deutschen Münzverhältnisse.

(Separat-Abzug aus No. 46 des Deutschen Handelsblattes Jahrgang 1876.)

Deutschland und Dänemark bieten hinsichtlich der Neugestaltung ihres Münzwesens eine grosse Aehnlichkeit, im Ganzen wie in vielen wesentlichen Einzelheiten. Dass das eine Land eine Bevölkerung von nahezu 43 Millionen, das andere von wenig über 2 Millionen Personen aufweist, hat allerdings die Folge, dass die Gesamtziffern des Vorraths an älteren Münzen und des Bedarfs an auszuprägenden neuen Münzen eine gewaltige Differenz zeigen müssen; allein hierdurch wird das Wesentliche der Vergleichung nicht alterirt, denn durchschnittlich genommen pro Kopf der Bevölkerung oder pro Haushalt dürfte der

Wohlstand und das Bedürfniss an Scheidemünze in beiden Ländern nicht gar sehr verschieden sein, und wenn in dem grösseren Lande die zu überwindenden Schwierigkeiten der Reform in den Summen so ausserordentlich viel beträchtlicher erscheinen, so sind auf der anderen Seite auch die entsprechenden Mittel dort bedeutender.

In Deutschland begann bekanntlich die jetzt noch in der Ausführung begriffene Münzreform und der Uebergang zur Goldwährung mit dem „Gesetz, betreffend die Ausmünzung von Reichsgoldmünzen, vom 4. December 1871“; in Dänemark mit dem „Münzgesetz vom 23. Mai 1873“. Deutschland hat also in Rücksicht des Beginns seiner Operationen einen Vorsprung von 17 Monaten gehabt, allein dessenungeachtet ist Dänemark bereits Ende September 1876 mit der thatsächlichen Durchführung der Goldwährung und mit der umfassendsten Erneuerung seines ganzen Münzwesens zum Abschlusse gekommen, während in Deutschland dieser Abschluss durch Einziehung der Thalerstücke und Anschaffung eines genügenden Vorraths an Reichsgoldmünzen noch in ziemlicher Ferne zu stehen scheint und schwerlich bis Ende des nächsten Jahres (1877) vollständig erreicht werden dürfte.

In beiden Ländern hat es sich darum gehandelt, von einer bestehenden soliden reinen Silberwährung zur soliden reinen Goldwährung zu gelangen, unter Ausschluss jeder Doppelwährung nach beendigtem Uebergange, und zu diesem Behufe sämtliche bisherigen Gold-, Silber- und Scheidemünzen einzuziehen und einzuschmelzen, dabei aber gleichzeitig statt derselben in einer dem Verkehrsbedürfnisse genügenden Menge neue Goldmünzen, sowie Silber-, und sonstige Scheidemünzen auszuprägen und in Circulation zu setzen. Zur Ausführung dieser durchgreifenden Umgestaltung der bisherigen Münzverhältnisse benutzte man in Dänemark ganz vorwiegend die Mitwirkung und Vermittelung der Nationalbank in Kopenhagen und hatte die dortige Münzanstalt zur Verfügung; in Deutschland scheint die Mitwirkung und Vermittlung der Preussischen Bank, resp. der Reichsbank nur indirect und in untergeordneter Weise beansprucht und das Meiste unmittelbar vom Reichskanzleramte besorgt zu sein, und standen diesem zur Beschaffung der neuen Münzen 9 Münzanstalten, die Mehrzahl mit ausserordentlicher Leistungsfähigkeit, zur Verwendung.

In Deutschland sind nun bis Ende September 1876 an älteren Landesmünzen für Rechnung des Reichs eingezogen, und andererseits bis zum 4. November 1876 an neuen Münzen ausgeprägt worden:

	Gold. M.	Silber. M.	(Nickel u.) Kupfer. M.
eingezogen:	90,959,896	598,627,257	3,011,447
neu geprägt:	1,429,647,280	345,404,283	44,836,888

Hierbei ist übrigens zu beachten, dass unter den Silbermünz-Einziehungen einbegriffen sind die 1- und ½-Groschen, sowie die 3-Kreuzerstücke, welche durch Nickelmünze ersetzt worden sind.

Wie haben sich die analogen Verhältnisse hingegen in Dänemark gestaltet? — Wir theilen die Angaben in der dortigen Münzeinheit, in „Kroner“ mit, deren effectiver Werth nach dem Münzfuss der Zehn-Kronerstücke (124 Stück aus dem Pfund Fein-Gold) gleich ist 1½ Reichsmark (139½ Stück Zehn-Markstücke aus dem Pfund Fein-Gold).

Es sind in Dänemark während des Zeitraums vom Sommer 1873 bis Ende September 1876 eingezogen worden Münzen der bisherigen Währung

	Gold Kroner	Silber Kroner	Bronce und Kupfer Kroner
	?	41,378,773	150,566
ausgeprägt aber	26,751,770	17,719,282 *)	476,000

Die auffallend grössere Ausprägung von Bronce- und Kupfermünzen, im Vergleich mit den eingezogenen Summen der früheren Münzsorten dieser Art, erklärt sich aus dem Umstande, dass die früheren 4- und 3-Skillingerstücke aus Billon gemünzt waren und unter den eingezogenen Silbermünzen mitenthalten sind.

*) Bis zum Schlusse des Jahres sollten noch 200,000 Kroner ausgemünzt, damit aber die Silbermünzausprägung vorläufig abgeschlossen sein. Nach den einzelnen Münzsorten wird dann die Ausprägung betragen haben: in 2-Kronerstücken 9,535,270 Kroner; in 1-Kronerstücken 5,323,159; in 25-Oerestücken 2,034,625 Kroner; in 10-Oerestücken 1,026,128 Kroner; 50-Oerestücke sind einstweilen nicht ausgeprägt worden.

Für den gegenwärtigen Stand unserer Deutschen Münzreform hat ein besonderes Interesse das Verhältniss der bereits zum Abschluss gebrachten Ausprägung von Silber- und sonstigen Scheidemünzen zur Kopffzahl der Bevölkerung, da in Rücksicht dieser Frage bekanntlich sehr von einander abweichende Tendenzen sich geltend gemacht haben.

Es sind in Dänemark, wie erwähnt, an neuen Silbermünzen (unter Zurechnung des seit dem 1. October d. J. noch hinzukommenden Restes von 200,000 Kroner) im Ganzen ausgeprägt worden 17,919,282 Kroner = 20,159,192 Reichsmark, macht fast genau 10 M. für den Kopf der Bevölkerung, worin jedoch die 10-Oerestücke (à 11¼ Pfennig) einbegriffen sind. Diese Münzsorte, für welche im Deutschen Münzwesen das 10-Pfennigstück aus Nickel eintritt, in Abzug gebracht (ca. 1,154,000 M.), ergiebt sich für den Kopf der Bevölkerung an Silbermünze nur ca. 9 M. 40 Pf. und ist hierbei noch der richtige Umstand zu beachten, dass, während in Deutschland über 60 Millionen Mark Kassenscheine zu 5 Mark im Umlauf sind, in Dänemark der kleinste Papiergeld-Abschnitt 10 Kroner (= 12½ Mark) beträgt. In keinem Theile Dänemarks aber ist bisher Mangel an Silbermünze empfunden worden.

Was die Ausprägung von Kupfermünzen etc. betrifft, so hat die Deutsche Münzverwaltung die gleichen Dänischen Münzmassregeln weit überholt, denn in Dänemark kommen nach dem vorläufig abgeschlossenen Münzetat auf den Kopf der Bevölkerung nicht ganz 27 Pfennig, während die bisherige Deutsche Ausprägung von Nickel- und Kupfermünzen über 104 Pfennig für den Kopf beträgt.

Das Dänische Münzgesetz bestimmt als grösste Silbermünze das 2-Kronerstück, (= 2 M. 25 Pf.); man hat also in Dänemark keine dem deutschen silbernen Fünfmärkstück entsprechende Münzsorte, was indess dort nirgend zu Klagen Anlass gegeben hat. Die Dänischen Silbermünzen sind in ähnlichem Verhältniss wie die Deutschen unterwerthig ausgeprägt, aber mit progressiver Legirung in den geringeren Münzen und daher auch von bedeutenderem Bruttogewicht als die entsprechenden Deutschen Münzen.

Die verhältnissmässig geringe Goldausmünzung in Dänemark ist hauptsächlich wohl daraus zu erklären, dass die Noten der Nationalbank im ganzen Lande und in jeder Beziehung die Geltung eines gesetzlichen Zahlungsmittels haben, ebenso wie die Noten der Bank von England im Vereinigten Königreiche, dass von diesen, selbstverständlich bei der Bank jederzeit zum Nennwerth einlösbaren Noten der Nationalbank ein Betrag von durchschnittlich ca. 70 Millionen Kroner in Circulation ist und dass die Nationalbank, ebenso wie die Bank von England und die Deutsche Reichsbank, gehalten ist, gegen einen geringen Abzug für Münzkosten (¼ Procent) alles ihr angebotene Gold zum festen Preise des Münzfusses abzunehmen.

Im Dänischen Münzgesetze vom 23. Mai 1873 war der 31. December 1881 als Termin für die Durchführung der Münzreform in Aussicht genommen, also ein Zeitraum von 8 Jahren. Es ist aber, wie oben erwähnt, gelungen, die Münzreform schon bis zum 1. October 1876, also in 3 Jahren, vollständig durchzuführen. Dieser Beschleunigung hat das Land zu verdanken, dass die Unbequemlichkeiten des Uebergangs zur neuen Währung rasch vorübergegangen sind und dass die Unkosten der ganzen Münzreform ungeachtet der eingetretenen Silberentwerthung verhältnissmässig gering geblieben sind, wozu etwas freilich auch das Moment beigetragen hat, dass als Basis und Norm für die Substituierung der Goldwährung an Stelle der Silberwährung nicht die in Deutschland angenommene Werthrelation zwischen Silber und Gold von 15,50 zu 1, sondern nach dem Vorgange der Convertirung der Hamburger Bankvaluta die Werthrelation von 15,67 zu 1 gewählt worden ist. Die hauptsächliche Ursache der Vermeidung sehr grosser finanzieller Opfer bei Durchführung der Münzreform liegt darin, dass es mit bereitwilligster und umsichtigster Beihülfe der Nationalbank der Dänischen Regierung gelang, schon in den Jahren 1873 und 1874, als die Silberpreise noch nicht bis zum jetzigen niedrigen Stande gesunken waren, den bei Weitem grössten Theil der vorhandenen älteren Silbermünzen zu verkaufen und dafür Gold anzuschaffen. Die Nationalbank in Kopenhagen hatte bereits im Juli 1872, in richtiger Voraussicht der künftigen Einführung der Goldwährung und der in Folge der Deutschen Münzreform zu erwartenden steigenden Schwierigkeit des Silberverkaufs, ihren Metallvorrath auf ca. 25,000,000 Kroner Gold gegen ca. 13,000,000 Kroner Silber gebracht. Der Betrag des von der Dänischen Regierung verkauften Silbers war in den drei letztverflossenen Rechnungsjahren

1873—74: 9,284,000 Kroner	}	15,364,000 Kroner.
1874—75: 1,000,000 „		
1875—76: 5,080,000 „		

Das gesammte finanzielle Resultat der Dänischen Münzreform hatte sich Ende September 1876 wie folgt gestellt:

Verlust bei Einziehung der älteren Münzen	1,764,741 Kroner 94 Oere
„ bei Ausprägung der Goldmünzen	58,444 „ 63 „
„ Diversér	3,026 „ 80 „
Verlust im Ganzen	1,826,213 Kroner 37 Oere
Gewinn beim Einkauf des Goldes	19,279 Kroner 44 Oere
„ bei Ausprägung der Silber- und Bronzemünzen	1,362,710 „ 88 „
kommt in Abzug	1,381,990 „ 32 „
Kosten der Münzreform im Ganzen	444,223 Kroner 05 Oere

gleich nahezu 500,000 deutsche Reichsmark.

Deutschland ist nicht in der Lage gewesen, seinen Uebergang zur effectiven Goldwährung und seine sich hieran knüpfende Münzreform in so kurzer Zeit, wie die Dänische Regierung und die Nationalbank in Kopenhagen dies für Dänemark zu erreichen vermocht haben, zum definitiven Abschluss zu bringen, und wird Deutschland ungleich grössere finanzielle Opfer diesem Zwecke zu bringen haben. Allein unter allen Umständen wird der allgemeine Wunsch in Deutschland jetzt nur sein können, jeden ferneren Zeitverlust bis zu einer gleichen vollständigen Durchführung der Münzreform zu vermeiden und nicht den Stimmen des Auslandes Recht zu geben, welche von Anfang der Reform an bis auf die jüngste Zeit zuversichtlich behauptet haben, Deutschland werde für immer oder doch für sehr lange Zeit noch ausser Stande sein, die reine Goldwährung thatsächlich durchzuführen, sondern es werde in einer Art unklarer Doppelwährung stecken bleiben, die schlimmer sei, als der frühere Zustand einer soliden reinen Silberwährung.

S.

III B 2 f
VII A



206\$08126364